



# europa.ch



## **Interview**

**Chiara Simoneschi-Cortesi**

**«Europa ist unser Kontinent,  
unser gemeinsames Haus, und wir sind  
Europäer, seine Bewohner.»**

aktuell

**Facettenreiche GV 2010**

» Seite 3

**Neuenburg geht voran**

» Seite 4

mythen aufgespiesst

**Ist Frau Estermann realitätsfremd?**

» Seite 5

interview

**Chiara Simoneschi-Cortesi: Eine sachliche Europadebatte – jetzt!**

» Seite 6

hintergrund

**Doris Stump: Eine Chance für die Frau**

» Seite 9

international

**Baldur Thorhallsson: Islands EU-Mitgliedschaft – ein offenes Rennen**

» Seite 10

**Julien Chérault: Die Krise der anderen**

» Seite 12

yes

**Die proeuropäische Stimme der Jugend**

» Seite 13

lesen

**René Schwok: «Schweiz–EU: Beitritt unmöglich?»**

» Seite 14

schnappschuss

» Seite 15

**Liebe Leserin, lieber Leser**

In ihrem neuesten Positionspapier will uns die *economiesuisse* den bilateralen Weg als «die beste europapolitische Option» verkaufen. Im Papier wird zwar eingeräumt, dass dieser Weg in Zukunft noch schwieriger wird, die entsprechenden Konsequenzen aber werden nicht gezogen. Wenn *economiesuisse* davon ausgeht, dass die EU mit der Schweiz weiterhin massgeschneiderte sektorielle Abkommen schliessen wird, scheint dies in Verknüpfung der politischen Tendenzen der EU zu geschehen.

Wir erinnern uns: Am 9. Mai 1950 veröffentlichte Robert Schuman seine Erklärung für die Neukonstruktion Europas. Trotz gegenteiligen Behauptungen scheint seine Prophezeiung der schrittweisen Entstehung Europas durch «konkrete Tatsachen» die Wirtschaftskrise zu überwinden. Es ist umgekehrt gerade diese Krise, welche die nationalen Regierungen ihren intergouvernementalen Ansatz bezüglich der Gemeinschaftswährung hinterfragen lässt. So wurde die «Solidarität der Tat», die Schuman schon vor 60 Jahren anpries, mit dem kürzlich von den Euroländern gegründeten Unterstützungsfonds von Neuem verwirklicht.



Europa lebt also und bewegt – wie auch die Nebs. Nicht nur mit ihren Aktivitäten und Analysen, sondern auch auf personeller Ebene bleibt die Nebs in Bewegung. Seit Anfang Jahr hat die Nebs mit Michael Fust (30) und Julien Chérault (25) zwei neue Generalsekretäre. Ersterer ist Historiker aus der Deutschschweiz und war bereits in anderer Funktion für die Nebs tätig; letzterer ist Politologe und aus Frankreich zum Nebs-Team gestossen. Wir tragen unterschiedliche Perspektiven, aber dieselben Überzeugungen in die Nebs rein. Für einen reibungslosen Übergang trug nicht zuletzt die hervorragende Arbeit unserer Vorgänger, Ronald Abegglen und Nicolas Rion, bei. Ihnen, die sich nach vier Jahren im Sekretariat einer neuen beruflichen Herausforderung stellen, danken wir für ihren nimmermüden proeuropäischen Einsatz und wünschen wir alles Gute für die Zukunft. ■

Michael Fust  
Julien Chérault

**ch.spots**

**Wunschdenken**

«Gedenken wir all jenen, die unserer Freiheit, unserer direkten Demokratie, unseres Wohlstandes überdrüssig sind: den Berufseuropäern, den Freunden des Fundamentalismus und den ja so Toleranten gegenüber den Intoleranten. Geben wir ihnen von hier aus den Mut und die Kraft, unser Land zu verlassen [...]» Diesen frommen Wunsch äusserte Auns-Präsident Pirmin Schwander anlässlich der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz Ende 2009. Lieber Herr Schwander: So schnell werden Sie uns nicht los! (tw)

**Alpenflug**

Die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) schreibt in einer neuen Auflage für Alpenrundflüge, welche vom Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) übernommen wurde, vor, dass zivile Anbieter von gewerbsmässigen Flügen verpflichtet sind, sich einer kostenpflichtigen Kontrollinstanz anzuschliessen. Doch findige Piloten wissen bereits, wie man den autonomen Nachvollzug umfliegt: Die Flüge werden auf privater Basis angeboten und die Kostenpflicht damit elegant umgangen. (dg)

**Alpenrepublik**

Die Empörung war gross: Der österreichische Kanzler verlangte für die Eurorettung Geld von der Schweiz. Der Vorwurf lautete Rosinenpickerei. Auch die Wiener Tageszeitung «Kurier» leistete Aufklärungsarbeit in Bezug auf das Verhältnis der Söhne (und Töchter) Tells zu Europa – zog allerdings andere Schlüsse: «Für ihren Sonderweg muss die Schweiz auch einen Preis bezahlen: Viele EU-Gesetze müssen im autonomen Nachvollzug übernommen werden, ohne die Gesetze beeinflussen zu können.» (dg)



# FACETTENREICHE GV 2010

Von Milena Caderas und Tobias Weibel, Mitarbeiter der Nebs

**Illustre Gäste, spannende Diskussionen und ein tolles Ambiente: Die diesjährige Generalversammlung der Nebs am 8. Mai 2010 im Restaurant Cinématte in Bern hielt, was sie versprach. Im Anschluss an die GV legten ausgewählte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur anlässlich einer Podiumsrunde ihre Sicht der (europäischen) Dinge dar.**

Ein Höhepunkt war die Verabschiedung einer Resolution. Die anwesenden Mitglieder stellten fest, dass die Schweiz einer glaubwürdigen Europapolitik bedarf, um ihre Isolation zu beenden, ihre Position in einer globalisierten Welt zu festigen und von einem Satellitenstaat zu einem Mitentscheider zu werden. Auf dieser Basis wurden alle relevanten Akteure aufgefordert, sich der europapolitischen Debatte ohne Vorbehalte zu stellen. Bei den Erneuerungswahlen wurden alle bisherigen Vorstandsmitglieder ohne Gegenstimme bestätigt. Als Ersatz für den nicht mehr antretenden Pierre Droz wählte die GV Andreas Kyriacou aus Zürich. Zudem wurden die langjährigen Generalsekretäre Ronald Abegglen und Nicolas Rion gebührend verabschiedet.

Im Anschluss an die Generalversammlung und die Europapreisverleihung diskutierten im Rahmen einer Podiumsveranstaltung interessante und interessierte Persönlichkeiten über verschiedene Aspekte der Europapolitik. In ihrem Statement ortete die frisch gebackene Europapreisträgerin Chiara Simoneschi-Cortesi in der Schweiz ein Identitätsproblem. Die wirtschaftliche



Verabschiedung der Generalsekretäre R. Abegglen und N. Rion (Bild: Renaud Vuignier)



Die Generalversammlung verabschiedete die Resolution ohne Gegenstimme. (Bild: Renaud Vuignier)

Vernetzung und der ökonomische Wandel seien heute nicht nur eine Realität, sondern dem kollektiven Bewusstsein stets einen Schritt voraus. Wie langsam sich ein solcher Umbruch vollziehe, zeige das Beispiel der Gleichstellung von Frauen und Männern. Potenzial zur Verbesserung der Integration in Europa sieht Simoneschi-Cortesi in einer intensiveren Zusammenarbeit im Bildungsbereich. Ausserdem seien europäische Bildungsprojekte wie Erasmus noch zu wenig bekannt.

An der von Werner de Schepper, stv. Chefredaktor der «Aargauer Zeitung», versierte moderierten Gesprächsrunde nahmen neben der Preisträgerin Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur teil. So berichtete Pius Knüsel, Direktor der Stiftung Pro Helvetia, dass die Schweizer Kulturschaffenden angesichts der nur zögerlichen helvetischen Integrationsbestrebungen vor allem im grenznachbarlichen Kulturmarkt oft als Exoten wahrgenommen würden. Und dies obwohl Westeuropa ihr primärer Markt darstelle. Gleichzeitig sei es oft nicht einfach, europäische Kulturschaffende in die Schweiz zu lotsen.

Die ökonomische Betrachtungsweise der schweizerischen Europapolitik bleibt

derweil pragmatisch. «Aus Sicht der Versicherungen ist vor allem der fehlende Zugang zum europäischen Markt zu beklagen», stellte Dieter Geering, Vertreter der Versicherungsbranche, fest. Derweil kamen Denkanstösse grundsätzlicher Natur von Gilbert Casaus, Professor am Zentrum für Europastudien der Universität Freiburg. Er wies darauf hin, dass die Schweiz oft gar nicht realisiere, dass sie mitten in Europa liege. Deshalb sei sie auch nicht imstande, ihr Potenzial als «Kreuzung der Kulturen» zu nutzen. Dass die Schweiz Europa verkenne, komme in jedem Referendum zum Ausdruck. Den Grund hierfür sieht Casaus in der fehlenden europäischen Bildung der Bürgerinnen und Bürger.

In diesem Zusammenhang appellierte Europapreisträgerin Chiara Simoneschi-Cortesi an die Solidarität. Auch wenn heute Individualität viel eher im Trend liege. «Wir haben Europa aufgebaut. Jetzt müssen wir die Europäer schaffen.» ■

» Der Resolutionstext kann auf [www.europa.ch](http://www.europa.ch) eingesehen werden.



# NEUENBURG GEHT VORAN

Von Jean Dessoulavy, Koordinator Nebs NE, und Tobias Weibel, Mitarbeiter der Nebs

**Die Neuenburger Sektion der Nebs hat eine Volksmotion lanciert und damit der Europadebatte in der Schweiz einen neuen Impuls gegeben. Das Ziel dieser beispiellosen wie innovativen Aktion besteht darin, Kantone und Bevölkerung zu sensibilisieren.**

Der Kanton Neuenburg ist traditionell eine weltoffene Republik. Davon zeugen mehrere Abstimmungsergebnisse zu europapolitischen und internationalen Fragen. Bei der EWR-Abstimmung im Dezember 1992 zum Beispiel haben vier von fünf Neuenburgern ein Ja in die Urne gelegt. Diese europhilen Tendenzen wurden unter anderem bei den Abstimmungen zu den Bilateralen I (im Mai 2000 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 79 Prozent) oder zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit (im Februar 2009 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 69 Prozent) bestätigt. Mit diesen Ergebnissen hat sich Neuenburg als einer der offensten Kantone etabliert und seine Bereitschaft untermauert, in die internationale Zusammenarbeit zu investieren.

## Warum gerade jetzt und warum eine Volksmotion?

In einem Moment, da der bilaterale Weg immer steiniger wird und zusehends in eine Sackgasse führt, ist die Diskussion über eine EU-Mitgliedschaft aktueller denn je. Überdies realisieren die Kantone immer klarer, dass die Europapolitik nicht nur den Bund, sondern auch sie selbst direkt betrifft.

Aufgrund seiner ausgeprägten europäischen Wurzeln kann Neuenburg in der Europafrage eine zentrale Rolle spielen. Deshalb hat die Neuenburger Sektion der Nebs entschieden, eine Volksmotion zu lancieren. Letztendlich stellt dies das wirksamste Mittel dar, um die europapolitische Debatte zu beleben. Denn nur mit einer lebhaften demokratischen Debatte und einer Bürgerbewegung als treibende Kraft wird eine Mitgliedschaft mittelfristig denkbar. Dieses Vorgehen ist auf Kantonsebene bis zum heutigen Tag einzigartig. Zwar gibt es auch in anderen Kantonen wie Waadt, Genf oder Bern Bestrebungen, sich vermehrt um Aspekte der europäischen Integration zu bemühen. Allerdings sind diese allesamt auf parlamentarischer Ebene angesiedelt.

## Das Ziel der Volksmotion

Am 15. April 2010 konnten die in der kurzen Frist von bloss drei Wochen gesammelten 130 Unterschriften der Staatskanzlei Neuenburg übergeben werden. Konkret zielt die Volksmotion darauf, die Eurokompatibilität der kantonalen Gesetze sicherzustellen sowie den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit der EU zu fördern. Darüber hinaus soll der Kontakt zwischen der Neuenburger Regierung und den kantonalen Vertretern in Bern verbessert und eine kantonale Europaantenne in Brüssel errichtet werden. Sollte

der Grosse Rat die Motion gutheissen, müsste der Staatsrat innovative Wege und Mittel zu deren Umsetzung finden. Es bleibt zu hoffen, dass diese Aktion auch andere Kantonsregierungen dazu ermuntern wird, sich an der Europadebatte aktiv zu beteiligen und Stellung zu beziehen. ■

## «Unser Kanton ist sehr europäisch»

**Zusammen mit Matthieu Lavoyer hat Jonathan Gretillat die Volksmotion lanciert. «europa.ch» wollte wissen, wie es zu diesem Projekt gekommen ist und wie das weitere Vorgehen aussieht.**

### Wie sind Sie auf die Idee einer Volksmotion gekommen?

Am Anfang war es nur ein Jux: Wenn Neuenburg zwischen 1815 und 1857 gleichzeitig Schweizer Kanton und Preussisches Fürstentum sein konnte, warum wäre es dann nicht denkbar, dass es im Jahr 2010 ein Kanton und zugleich Mitglied der EU wäre? Wir erkannten, dass es notwendig ist, die Debatte über eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz zu erneuern. Die Volksmotion ist ein ideales Instrument hierfür.

### Wie sind Sie vorgegangen?

Auf der Basis dieser Idee hat die Neuenburger Sektion der Nebs ein Projektkomitee bestimmt und die Meinung anerkannter Persönlichkeiten zum Thema eingeholt. Daraufhin haben wir uns für eine Volksmotion entschieden, die es 100 Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, dem Grossen Rat einen Vorschlag zu unterbreiten. Als die Motion verfasst und vom Komitee verabschiedet worden war, mussten die Unterschriften gesammelt werden.

### Wie sehen die nächsten Schritte aus?

Unser Kanton ist sehr europäisch: Unsere Exportindustrie ist abhängig von der EU, unsere republikanischen Wurzeln und Werte sind europäisch. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass der Grosse Rat unsere Motion mit einer komfortablen Mehrheit gutheissen wird. Der Staatsrat hat die Annahme der Motion bereits empfohlen. Ist dies der Fall, hätte er zwei Jahre Zeit, um ein Gesetz auszuarbeiten, das zuerst von der Rechtskommission und anschliessend im Grossen Rat behandelt würde. (jc/tw)

» Das vollständige Interview kann auf [www.europa.ch](http://www.europa.ch) gelesen werden.



# IST FRAU ESTERMANN REALITÄTSFREMD?

## «DIE RETTUNG DER EU IST DIE AUFLÖSUNG DER EU»

«Einige Personen hier im Lande sehnen sich immer noch nach dem «grossen Bruder» – der EU. Die Reihen der Linken, bis hin zur politischen Mitte, lassen sich immer wieder für diese Idee begeistern. Wir übernehmen fast täglich irgendeine Richtlinie des EU-Rechts, vielfach zu unserem eigenen Nachteil. Heute aber belasten den grossen Bruder EU handfeste Probleme: Griechenland, Italien, Spanien droht die Zahlungsunfähigkeit, Griechenland sogar der Staats-Bankrott! Die Bewunderung für die EU lässt aber bei vielen Personen in der Schweiz trotzdem nicht nach, und es stellt sich die Frage: Sind wir eigentlich realitätsfremd? (...) Oder soll die Schweiz etwa der EU zu Hilfe eilen und als «Milchkuh» deren desolante finanzielle Situation verbessern? Die Euro-Skeptiker bekommen heute recht (...). Notenbanker überlegen heute bereits, ob die Wiedereinführung der deutschen Mark, der Lire oder des Drachmen in der jetzigen Situation nicht nur sinnvoll, sondern sogar absolut notwendig wäre! Die «Vision EU», der Moloch, droht zu scheitern. Der zerstörerische Drang nach immer mehr Macht und Geltung, der Grössenwahn trägt jetzt seine Früchte. Gibt es überhaupt noch eine Rettung für die EU? Ja, nämlich «zurück zur Startlinie!» Die EU müsste sich auflösen, in allen Mitgliedstaaten die eigene Währung wieder einführen und eine Staatsform anstreben, welche sich in allen Krisenzeiten am besten bewährt hat: die direkte Demokratie!»

SVP-Nationalrätin Yvette Estermann  
im Pressedienst der SVP, 30.1.2010.

1. Gehen wir den merkwürdigen Text doch zur Abwechslung mal von hinten an. Wenn ein Verein sich auflöst, existiert er doch nicht mehr – sollte man meinen. Frau Estermann sieht das anders. Sie will, dass die EU, die sie in existenzieller Gefahr wähnt, gerade dadurch gerettet wird, dass sie sich auflöst, also dann nicht mehr existiert. Und als nicht mehr existent kann sie dann offenbar allerhand tun, zum Beispiel in den Mitgliedstaaten, die dann ja keine mehr sind, die alten Währungen wieder einführen oder eine andere «Staatsform anstreben». Mit der Logik hat sie offenbar nicht so sehr, die Luzerner Volksvertreterin und Akademikerin (Dr. med.).
2. Die Schlusspointe ist in ihrer Verschrobenheit mehr oder weniger originell. Im gesamten allerdings ist die Analyse leider doch nur die – gäh! gäh! – ungefähr hunderttausendste sinnlose EU-Untergangsprophetie, seitdem vor genau 60 Jahren, am 9. Mai 1950, Frankreichs Aussenminister Robert Schuman seinen Plan für eine Integration Europas verkündet hat. Am 18. April 1951 erfolgte, als erster konkreter Integrationsschritt, die Gründung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft. Am 25. März 1957 wurde mit dem Vertrag von Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Seither haben sich die Institutionen der Integration teils in vorsichtigen Schrittlchen, teils in gewagten Sprüngen trotz allen Untergangsfantasien der Rückwärtsgewandten immer weiter entwickelt. Das Integrationswerk hat Diktaturen wie Griechenland, Spanien und Portugal, aber auch den nach 1989 entfesselten Ostblockländern, eine gesicherte und demokratische Entwicklung im Schosse der europäischen Völkerfamilie eröffnet. Zu den Letzteren gehört auch die Slowakei, die alte Heimat von Yvette Estermann, geboren Iveta Gavlasová, und dieses erfolgreiche EU-Land hat, oh Schreck!, per 1. Januar 2009 sogar den Euro als Währung übernommen.
3. Die europäische Integration war nie ein reines Schönwetterprojekt. Sie hat von allem Anfang an Krisen und Existenzbedrohungen noch und noch erlebt, bekämpft und überwunden, darunter weit schlimmere als die heutigen Europrobleme. Dass heute «Notenbanker» die alten nationalen Währungen wieder ausgraben wollen, ist eine pure Erfindung und gehört zum realitätsfremden «Wishful Thinking» der Estermanns dieser Welt. Im Übrigen sollte mal jemand der Währungsexpertin Yvette Estermann schonend beibringen, dass es heisst «die Lira» (nicht: die Lire) und «die Drachme» (nicht: der Drachmen). (sp)





(Bild: Milena Caderas)

# EINE SACHLICHE EUROPADEBATTE – JETZT!

Interview: Tobias Weibel und Milena Caderas, Mitarbeiter der Nebs

Anlässlich der Generalversammlung der Nebs wurde CVP-Nationalrätin Chiara Simoneschi-Cortesi mit dem Europapreis 2010 ausgezeichnet. Die charismatische Tessiner Politikerin hatte sich während ihrer Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Bern und Brüssel stark gemacht. Im Gespräch mit «europa.ch» fordert sie vehement eine offene und sachliche EU-Debatte.



6

**europa.ch:** Frau Simoneschi-Cortesi, herzlichen Glückwunsch zum Europapreis. Was bedeutet Ihnen dieser Preis?

**Chiara Simoneschi-Cortesi:** Es ist mir eine grosse Ehre! Angesichts der grossen Konkurrenz an bedeutenden Persönlichkeiten habe ich diesen Sieg nicht erwartet.

*In der Laudatio wurde insbesondere ihr Engagement für eine bessere parlamentarische Zusammenarbeit zwischen Bern und Brüssel hervorgehoben.*

In meiner Rolle als Nationalratspräsidentin habe ich gemacht, was ich machen konnte. Zusammen mit einer parlamentarischen Delegation bin ich im Oktober 2009 nach Brüssel gereist, um Gespräche mit Vertretern der EU-Institutionen zu führen. Die bilaterale Zusammenarbeit muss alle Ebenen und Akteure, insbesondere aber auch die parlamentarischen Kommissionen und Ausschüsse umfassen. Denn letztendlich beschäftigt sich unser Parlament mit denselben Fragen und Problemen wie das Parlament in Brüssel. Ein regelmässiger Austausch würde es uns erlauben, die Entwicklungen auf europäischer Ebene frühzeitig zu erkennen. Anstatt europäische Entscheidungen bloss passiv zu übernehmen, könnten wir versuchen, sie aktiv und in unserem Sinne mitzugestalten.

*Obwohl wir kein Mitglied sind?*

Gerade aufgrund der Tatsache, dass wir der EU nicht angehören, müssen wir uns vermehrt anstrengen, vielschichtige Beziehungen aufzubauen und zu pflegen. Das muss über die Ebene des Bundesrats und der Verwaltung hinausgehen.

*Was haben Sie konkret erreicht mit dieser Reise, und wo orten Sie noch Defizite?*

Nach unserer Rückkehr aus Brüssel habe ich vorgeschlagen, dass solche Treffen jährlich stattfinden sollen. Es ist dringend notwendig, diese Zusammenarbeit zu institutionalisieren. Der Ball liegt nun bei den Rats- und Kommissionspräsidenten. Es steht in ihrer Macht, diese Zusammenarbeit erneut auf die Agenda zu setzen. Ich habe eine Idee lanciert und gezeigt, wie es funktionieren könnte – nicht mehr und nicht weniger. Europa ist unser Kontinent, unser gemeinsames Haus, und wir sind Europäer, seine Bewohner. Also sollten wir uns auch am Bau des Hauses beteiligen.

*Sie bezeichnen sich selbst als eine überzeugte Europäerin. Warum tut sich die Schweiz so schwer mit der EU?*

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Schweiz eines Tages Mitglied der EU sein wird – wenn nicht morgen, dann

übermorgen. Wir können uns nicht als einziges Land in Europa dieser Idee und diesem Projekt verweigern. Ich bin aber auch Politikerin. Wir kennen in der Schweiz die direkte Demokratie. Deshalb gilt es, in Volk und Ständen eine Mehrheit zu finden.

*Glauben Sie daran, dass dies möglich wäre?*

Zunächst einmal muss dieses Thema frei von allen Vorurteilen und Tabus auf allen Ebenen offen angegangen und diskutiert werden. Denn es geht um unsere Zukunft. Ich hoffe sehr, dass der Bericht des Bundesrates zur Europapolitik, der noch in diesem Jahr erscheinen wird, eine solche Diskussionsgrundlage schaffen wird. Dies würde es erlauben, die verschiedenen europapolitischen Instrumente zu vergleichen, Vor- und Nachteile abzuwägen und das weitere Vorgehen zu planen. Ob eine Beitrittsvorlage in der Bevölkerung und in den Ständen eine Mehrheit finden würde, wird sich weisen. Ich möchte aber daran erinnern, dass auch für den Mutterchaftsurlaub oder die Frauenrechte weit mehr als eine Abstimmung notwendig war.

*Die Bildung ist Ihnen ein grosses Anliegen. Sie dürften folglich sehr erfreut sein über das Zustandekommen des bilateralen Bildungsabkommens.*

Als Berichterstatterin für dieses Abkommen bin ich in der Tat sehr froh darüber! Dieses Abkommen erlaubt uns endlich, selber Themen zu setzen und Projekte zu leiten. Das Ganze war aber ein langwieriger Prozess, der sich über mehr als zehn Jahre erstreckt hat.

*Stellen das langwierige Zustandekommen von bilateralen Verträgen und der relativ starre Charakter der bilateralen Beziehungen nicht ein grundsätzliches Problem dar?*

Unsere Gespräche mit ranghohen Vertretern der EU-Kommission haben tatsächlich gezeigt, dass wir gemeinsame technische und politische Instrumente benötigen, um die über 120 bilateralen Verträge steuern zu können. Die Inhalte dieser Abkommen sind ja nicht statisch, sondern entwickeln sich ständig weiter. Dies erfordert eine fortlaufende Anpassung, genau wie bei unseren Gesetzen auch. Das ist eine grosse Herausforderung.

*economiesuisse hat ihr neues Positionspapier bereits veröffentlicht. Sie hält darin fest, dass eine Annäherung auf dem bilateralen Weg die einzige Möglichkeit sei, bemerkt gleichzeitig aber auch, dass der Druck auf die Schweiz zunehme und sich die bilateralen Beziehungen laufend schwieriger gestalteten. Ist das nicht paradox?*

Doch, das ist es. Die Sachlage ist doch klar: Der ganze Kontinent arbeitet zusammen, und nur ein einziges Land macht nicht mit. Dass der Druck auf unser Land zunimmt, ergibt sich allein aus dieser Tatsache. Diese Geschichte mit den 120 Abkommen, die man politisch und technisch steuern muss – auch das ist eine Tatsache. Wer diese sachlichen Zwänge frei von Ideologien betrachtet, dem wird klar, dass etwas getan werden muss.

*Was muss denn getan werden?*

Zunächst müssen kurzfristig die bestehenden Instrumente, also die bilateralen Beziehungen, analysiert werden. Anschliessend müssen mittel- und langfristig die Vor- und Nachteile einer EU-Mitgliedschaft geklärt werden. Welche Konsequenzen hätte ein Beitritt für unsere Wirtschaft und für unsere Institutionen?

*Befinden wir uns mit den Bilateralen in einer Sackgasse?*

Wir haben tatsächlich Mühe. Denn die Forderungen der beiden Vertragspartner sind nicht dieselben: Beispielsweise verwirft der Bundesrat ein umfassendes Dienstleistungsabkommen zugunsten bloss sektorieller Verträge (z.B. im Versicherungssektor). Demgegenüber würde sich die EU wohl lediglich auf ein umfassendes Abkommen einlassen. Ich will die economiesuisse nicht allzu stark kritisieren. Aber man darf die Tatsachen nicht ausblenden. Am wichtigsten ist nun aber zunächst, geeignete Steuerungsinstrumente für die alten und neuen Abkommen zu finden.

*Sie forderten in Ihrer Rede anlässlich der Europapreisverleihung, dass das Tabu EU-Mitgliedschaft endlich gebrochen wird. Jetzt stehen die Wahlen 2011 vor der Tür ...*

Es ist doch so, dass sich die Parteien in den letzten Jahren sowieso ständig im Wahlkampf befinden. Ich bedaure diese Entwicklung. Aber natürlich ist die Europapolitik ein heikles Thema. Es wäre aber falsch, sich deswegen nicht dazu zu äussern.

*Wird denn innerhalb der CVP offen über die europapolitischen Optionen diskutiert?*

In erster Linie ging es ja in den letzten Jahren darum, in den Referenden der SVP die bilateralen Verträge zu verteidigen. Dies ist uns gelungen. Aber ich gebe zu, dass wir auch in der CVP nicht viel über die europapolitischen Optionen gesprochen haben. Ich glaube, dass sich dies ändern könnte, wenn der Bericht des Bundesrates auf dem Tisch ist. Allerdings bin ich nicht mehr in der Parteileitung und auch nicht Mitglied des Wahlausschusses und habe also nur beschränkte Möglichkeiten, die Strategie der Partei zu beeinflussen.

## Eine überzeugte Europäerin

Chiara Simoneschi-Cortesi wuchs als Tochter eines italienischsprachigen Vaters und einer deutschsprachigen Mutter in Comano TI auf. Nach ihrer Matura studierte sie an der Universität Bern Soziologie und Politikwissenschaft. Simoneschi-Cortesi ist Mitglied der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP). Von 1984 bis 1998 gehörte sie dem Gemeinderat von Comano TI an, den sie 1996/97 präsidierte. Von 1987 bis 1999 war sie Mitglied des Grossen Rats des Kantons Tessin; 1998/99 stand sie diesem vor. 1999 wurde Simoneschi-Cortesi in den Nationalrat gewählt, den sie im Parlamentsjahr 2008–2009 präsidierte. Für ihr europapolitisches Engagement, insbesondere für ihre Bemühungen für eine bessere parlamentarische Zusammenarbeit zwischen Bern und Brüssel während ihres Präsidialjahres, wurde sie von der Nebs mit dem Europapreis 2010 ausgezeichnet. (mc)



Die Kantone arbeiten derzeit an einem eigenen Positionspapier zur Europapolitik. Es ist davon auszugehen, dass sie markante Reformen fordern, um der schleichenden Entmachtung im Zuge der europäischen Integration zu begegnen. Ist der Föderalismus in ernsthafter Gefahr?

Ich begrüsse es, dass sich die Kantone für ihre Rechte einsetzen. Wir müssen ja immer aufpassen, dass der Föderalismus nicht geschwächt wird. Der Föderalismus ist unser Markenzeichen, wie es auch das Markenzeichen Europas sein könnte. Ich sehe in der EU keine Gefahr für den Föderalismus. Aber die Kantone müssen sich natürlich an die sich verändernden Gegebenheiten anpassen. Während unseres Aufenthaltes in Brüssel habe ich gesehen, dass die Regionen teilweise sehr stark vertreten sind. So betreiben beispielsweise Bayern oder die Lombardei ein aufwendiges Lobbying in Brüssel. Ich wünsche mir, dass auch die schweizerischen Regionen stärker präsent sind in Brüssel. Die Kantone sollten sich vermehrt zusammenraufen und gemeinsam in Erscheinung treten. Insofern kann die EU auch eine Chance für unseren Föderalismus sein.

Gerade die Tessiner Bevölkerung hat sich in europapolitischen Abstimmungen – etwa zur Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit – wiederholt ablehnend geäußert. Worauf ist diese Skepsis zurückzuführen?

Das Tessin ist das vergessene Land. Es ist nicht nur durch die Alpen geografisch abgegrenzt, sondern hat beim Bund zu wenig Gehör. Darauf sind die sich häufenden bernkritischen Stimmen in erster Linie zurückzuführen. Aber man sollte sich nicht nur beklagen, sondern die Probleme sachlich diskutieren. Die bilateralen Verträge, insbesondere die Personenfreizügigkeit, haben tatsächlich nicht nur positive Auswirkungen auf den Kanton Tessin. Dies vor allem deshalb, weil eine Reziprozität mit dem Nachbarn Italien fast nicht möglich ist. So wächst die Konkurrenz sowohl für das lokale Kleingewerbe als auch im Dienstleistungssektor. Zudem führt das Überangebot an Arbeitskräften zu Dumpinglöhnen. Heute kommen auch gut qualifizierte Arbeitskräfte aus Italien und schnappen den Tessinern ihre angestammten Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor weg. Diese Problematik ist gewiss keine Besonderheit des Tessins. Aber bei uns hat sich die Situation zugespitzt und ist akuter als anderswo. Daraus resultiert eine Emotionalisierung der politischen Debatte.

Wie begegnen Sie als proeuropäische Tessiner Vertreterin dieser europafeindlichen Haltung?

In der Tat werde ich aufgrund meiner proeuropäischen Position zunehmend persönlich angegriffen und musste zuletzt gar eine strafrechtliche Anzeige einreichen. Die Lega ver-

giftet das Klima und macht die Menschen nervös. Ich bevorzuge aber eine sachliche Diskussion über alle Vor- und Nachteile. Wir brauchen schliesslich auch auswärtige Arbeitskräfte und können die Augen nicht vor der Realität verschliessen.

Stichwort Realität: Sorgen Sie sich eigentlich um den Euro und die EU?

Nein, ich habe Vertrauen in den Euro und die EU und bin zuversichtlich. Der Euro war ganz zu Beginn auch nicht so stark, hat dann aber im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten des Dollars an Stärke gewonnen. Natürlich ist die Lage nicht zu unterschätzen. Aber Europa hat schon viele Krisen gemeistert und wird auch aus dieser gestärkt hervorgehen.

Welches sind heute die grössten Hindernisse auf dem Weg zu einer aktiveren Europapolitik?

Das grösste Hindernis ist, dass man gar nicht diskutieren will. Und jetzt kommen erst noch die Wahlen. In anderen heiklen Politikfeldern wie beispielsweise der Gesundheitspolitik oder dem

Öffentlichen Verkehr funktioniert das ja auch, nicht aber in der Europapolitik. Die Diskussion ist aber nötiger denn je. Deshalb setze ich grosse Hoffnung in den Bericht des Bundesrats.

Im Vorfeld der Nationalratswahlen 2007 haben Sie in ihrem «smartvote»-Profil auf die Frage, ob die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen soll, mit «eher ja» geantwortet. Wie stehen Sie heute zu dieser Aussage?

Ich erwarte, dass der Bundesrat in seinem Bericht Stellung nimmt zu allen möglichen Optionen – auch zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Solche Verhandlungen hätten den Vorteil, dass man sehen würde, wo die Probleme stecken. Denn alleine die Tatsache, dass Verhandlungen aufgenommen werden, bedeutet ja noch nicht, dass wir der EU beitreten.

Wann wird die Schweiz EU-Mitglied sein?

Leider kann ich nicht in die Sterne blicken! Womöglich geht es schneller, als wir heute denken. Aber wir kennen ja auch unsere Geschichte. Grosse Reformen und Projekte benötigen bei uns längere Zeit als anderswo. ■

Interview durchgeführt am 27. Mai 2010

» Das vollständige Interview kann auf [www.europa.ch](http://www.europa.ch) gelesen werden.

«Ich erwarte, dass der Bundesrat in seinem Bericht Stellung nimmt zu allen möglichen Optionen – auch zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.»



# EINE CHANCE FÜR DIE FRAU

**Eine im Januar von Isopublic im Auftrag von Reader's Digest durchgeführte Umfrage zeigt, dass Frauen einer EU-Mitgliedschaft skeptischer gegenüberstehen als Männer. Für «europa.ch» ein Grund, auf die fortschrittliche(re)n Gleichstellungsmassnahmen in der EU einzugehen. Nationalrätin und Gleichstellungsexpertin Doris Stump legt dar, wie die EU die Gleichstellungsfrage als Investition in die nachhaltige Entwicklung Europas angeht.**

von Doris Stump, Nationalrätin SP/AG

Die Gleichstellung von Frau und Mann nimmt in der EU eine wichtigere Rolle ein als in der Schweiz. Dies vor allem deshalb, weil die Gleichstellung nicht nur als Grundrecht, sondern als Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt betrachtet wird. Daher wird mit verbindlichen Rechtsvorschriften, beträchtlichen finanziellen Mitteln, jährlichen Berichterstattungen und dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen gezielt in die Gleichstellung investiert.

Die Gleichstellung der Geschlechter wird von der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission betreut. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten hatten im März 2006 den europäischen Pakt für die Gleichstellung verabschiedet, auf dem der Fahrplan für die Jahre 2006 bis 2010 basiert. Neben den auch bei uns verfolgten Zielen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der besseren Vertretung in politischen und wirtschaftlichen Führungsgremien und dem Kampf gegen Gewalt an Frauen und den Frauenhandel fällt die Formulierung von zwei weiteren Zielen auf: Die gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen und Männer und der Abbau von Geschlechterstereotypen in der Gesellschaft.

Konkret soll die Beschäftigungsquote von Frauen von 2006 bis 2010 von 55,7% auf durchschnittlich 60% angehoben und der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern verringert werden. Zudem will die EU den Anteil der Frauen als Unternehmerinnen auf über 30% erhöhen. Ferner sollen die Frauen weniger oft die Berufslaufbahn unter- oder gar abbrechen, damit sie im Alter Anspruch auf eine gleich hohe Rente wie die Männer haben. Die geschlechterstereotypen Verhaltensweisen wirken sich auf die Berufswahl und -laufbahn aus. Deshalb hat sich die EU vorgenommen, diese Stereotypen in Schule, Ausbildung und Medien mit Kampagnen zur Bewusstseinsbildung sowie Diskussionen mit interessierten Medienschaffenden zu bekämpfen. Das Institut für Gleichstellungsfragen mit Sitz in Vilnius (LT) hat die Aufgabe, Fachwissen zur Verfügung zu stellen, die Kenntnisse über Gleichstellungsaspekte zu verbessern und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

Gemäss dem Bericht der Europäischen Kommission vom 18. Dezember 2009 lag die Beschäftigungsquote Ende 2008 bei durchschnittlich 59,1%, das gesetzte Ziel war also schon fast erreicht. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern wird für das Jahr 2007 mit 17,6% angegeben. Es

wird festgehalten, dass die Vorgaben für die Kinderbetreuung (Plätze für 33% aller Kinder unter drei Jahren, für 90% aller Kinder zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt) noch nicht erreicht sind.

Nach Auskunft von Parlamentarierinnen aus Luxemburg und Österreich sind verbindliche Richtlinien sehr wichtig für die Umsetzung der Massnahmen. Demgegenüber ist die Schweiz in Sachen Gleichstellung kaum an internationale Verpflichtungen gebunden. So hat sie zwar das UNO-Abkommen gegen jegliche Diskriminierung der Frauen (CEDAW) ratifiziert. Die zuständige UNO-Kommission erhält aber nur alle vier Jahre einen Bericht und kann lediglich Empfehlungen aussprechen. Der Bundesrat nimmt diese Empfehlungen zwar zur Kenntnis, ist im Moment aber nicht bereit, die nötigen Mittel für eine effiziente Umsetzung zur Verfügung zu stellen, und erklärt sich als nicht zuständig, da einige Themen wie Bildung, Berufswahl und Gesundheitswesen in die Zuständigkeit der Kantone fallen. Noch weniger verbindlich sind die Empfehlungen des Europarats. Einzig die Konventionen entwickeln eine direkte Wirkung, wenn sie ratifiziert sind.

Demgegenüber verfügt die EU über verbindliche Instrumente zur Durchsetzung ihrer Entscheide. Ausserdem beurteilt sie die Gleichstellung der Geschlechter als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Gleichstellungsmassnahmen werden deshalb nicht als kurzfristiger Kostenfaktor, sondern als langfristige Investition betrachtet. ■

## Doris Stump

Doris Stump ist seit 1995 im Nationalrat (SP/AG). Sie ist Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK), präsidiert die schweizerische Delegation bei der Interparlamentarischen Union mit Sitz in Genf und ist Mitglied der schweizerischen Delegation in der parlamentarischen Versammlung des Europarats, wo sie sich unter anderem aktiv für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzt. (mc)



(Bild: zVg)



# ISLANDS EU-MITGLIEDSCHAFT – EIN OFFENES RENNEN

**Seit dem wirtschaftlichen Crash im Oktober 2008 ist in Island nichts mehr so, wie es einst war – auch in europapolitischer Hinsicht. Wohl werden demnächst die Verhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft aufgenommen, der Ausgang aber ist offener denn je. Prof. Baldur Thorhallsson von der Isländischen Universität schreibt exklusiv für «europa.ch» über die emotionsgeladene Debatte im Land der Gletscher und Vulkane.**

Von Prof. Baldur Thorhallsson

Nachdem die Europäische Kommission Ende Februar die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island empfohlen hatte, wird der Europäische Rat voraussichtlich im Juni 2010 die Verhandlungen aufnehmen. Die Sozialdemokratische Allianz als führende Regierungspartei erhofft sich von einem Beitritt wichtige Impulse für den Wiederaufbau der Wirtschaft und strebt deshalb eine schnellstmögliche Mitgliedschaft an. Allerdings werden diese Bemühungen – zumindest teilweise – vom eigenen Koalitionspartner, der Links-Grünen Bewegung, untergraben, die sich in der Vergangenheit stramm gegen eine Mitgliedschaft gestellt hat. Angesichts der Notwendigkeit, eine Regierung zu formen sowie eine offene und demokratische EU-Debatte führen zu können, haben sich die Links-Grünen 2009 jedoch widerwillig dazu durchgerungen, das Beitrittsgesuch zu unterstützen.

Allerdings sind auch die oppositionellen Parteien hinsichtlich der EU-Frage unter sich gespalten, obwohl die Anti-EU-Kräfte derzeit dominieren. Die Führungen der konservativen Unabhängigkeitspartei sowie der agrarischen Progressiven Partei betreiben aktiv eine Kampagne gegen einen Beitritt, obwohl letztere offiziell die Position vertritt, in einem ersten Schritt Beitrittsverhandlungen zu führen und erst auf der Grundlage der ausgehandelten Beitrittsbedingungen eine Entscheidung zu treffen. Nichtsdestotrotz weisen beide Parteien eine beträchtliche Anzahl proeuropäischer Mitglieder, darunter auch Parlamentarier, auf.

Seit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch im Oktober 2008 wird die politische Debatte in Island durch den anhaltenden Icesave-Konflikt zwischen Island und Grossbritannien respektive den Niederlanden beherrscht (siehe Kasten S. 11). Die EU und ihre Mitgliedstaaten, einschliesslich aller nordischen Staaten, werden von vielen Isländern der wiederholten britischen und holländischen Beihilfe bezüglich der Verzögerung von IWF-Hilfsleistungen bezichtigt. Mit Blick auf die Beitrittsverhandlungen mit der EU und als mögliche Folge des noch immer schwelenden Streits sieht sich Island darüber hinaus nach wie vor mit der Möglichkeit eines britischen oder holländischen Vetos konfrontiert. Die intensive Debatte um isländische Ausgleichszahlungen resultierte in der Verstärkung nationalistischer Gefühle und hat gleichzeitig eine breite Diskussion um den EU-Beitritt ins Abseits gedrängt.

In einer Atmosphäre, in der sich die Bevölkerung Islands angesichts der akuten Notlage – mit Ausnahme der Färöerinseln – von all ihren engsten Nachbarstaaten im Stich gelassen fühlt, befinden sich die Befürworter einer EU-Mitgliedschaft in der Defensive. So widmet sich die proeuropäische Bewegung hauptsächlich der internen Restrukturierung in Anbetracht des bevorstehenden Referendums über den EU-Beitritt und weniger der aktiven Mitgestaltung der EU-Debatte. Mit Ausnahme einer kurzen Phase des Aktivismus zugunsten eines EU-Beitrittsgesuchs und der Übernahme des Euro in den Jahren 2007 und 2008 schaltet

sich auch die grösstenteils europafreundliche Privatwirtschaft kaum in die EU-Debatte ein. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich die Wirtschaft mit geballter Kraft der Debatte stellen wird, je näher der Zeitpunkt des Beitrittsreferendums rückt, wobei mit grösster Wahrscheinlichkeit der sich in früheren Jahren aktiv für eine EU-Mitgliedschaft einsetzende Verband der Isländischen Industrie die Federführung übernehmen wird. Ferner hat sich auch die isländische Arbeiterbewegung weitgehend der Diskussion entzogen, obwohl sie heute mehrheitlich hinter der europäischen Sache steht.

Diese proeuropäischen Kräfte sind gegenwärtig nicht imstande, wesentliche Fortschritte in der EU-Frage zu erzielen, obwohl sie die Vorzüge einer Mitgliedschaft für Konsumenten und Unternehmen als Folge tieferer Preise, der Übernahme des Euro sowie der Chancen für die ländlichen Gebiete, die Landwirtschaft und die Tourismusindustrie innerhalb des EU-Strukturfonds unterstreichen. Tatsächlich haben die Befürworter einer engen Bindung an Europa immer schon auf ökonomische Vorteile verwiesen und in der Vergangenheit – konkret mit der EFTA- und EWR-Mitgliedschaft – jeweils auch Zustimmung erfahren. Darüber hinaus ist die starke Gewichtung der EU-Frage innerhalb der Sozialdemokraten auch darauf zurückzuführen, dass die Parteileitung der festen Überzeugung ist, dass Island als Mitglied der EU und der Eurozone niemals so hart von der internationalen Finanzkrise getroffen worden wäre.



## Der Icesave-Konflikt als Knackpunkt

Die Finanzkrise traf EFTA- und EWR-Mitglied Island mit voller Wucht und gipfelte im September 2008 in der Verstaatlichung bankrotter Banken und der Pleite des Onlineinstituts Icesave. Als Folge wurden ca. 320 000 Icesave-Kontoinhaber britischer und niederländischer Herkunft von ihren nationalen Regierungen für den Verlust ihrer Einlagen entschädigt. Im Gegenzug forderten Grossbritannien und die Niederlande von Island die Rückerstattung ihrer Vorauszahlungen in der Höhe von 3,8 Mia. Euro, was einer Pro-Kopf-Belastung von 11 000 Euro entsprechen würde. Kein Pappenstiel also! Trotzdem hatte das isländische Parlament Ende 2009 mit knapper Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, das bis 2014 die schrittweise Rückzahlung vorsah. Doch Präsident Grímsson durchkreuzte die Pläne der Regierung und liess mittels Referendum darüber abstimmen, worauf am 6. März 2010 93,3% der Isländer gegen die Vorlage votierten.

Was hat das nun mit einer möglichen Mitgliedschaft Islands in der EU zu tun? Fakt ist: Das Land steckt in einer Zwickmühle! Um seine Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen, braucht es den Euro. Aber in Brüssel gilt die Maxime: Kein Euro ohne EU-Mitgliedschaft. Zwar haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs am 17. Juni für die Eröffnung von Beitrittsgesprächen ausgesprochen. Gleichzeitig haben die Icesave-Gläubiger Grossbritannien und die Niederlande indes auch klargemacht, dass sich Island seiner Verantwortung zu stellen habe. Ganz gemäss dem Motto: Kein Geld – keine EU-Mitgliedschaft. Diese kompromisslose Haltung wiederum trägt nicht gerade zu einer EU-Euphorie in Island bei. Schliesslich will man sich nicht erpressen lassen! Darüber hinaus hat der schwelende Konflikt dazu geführt, dass die dringend benötigten Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) nur mit beträchtlicher Verzögerung freigegeben wurden.

Fazit: Island steht vor schwierigen Zeiten. Der Beitritt zu Währungsunion und EU ist innenpolitisch umstritten. Und von aussen weht den Isländern ein kräftiger Wind entgegen. (tw)

Die EU-Gegner auf der anderen Seite behaupten, dass eine EU-Mitgliedschaft das Land seiner Souveränität und Unabhängigkeit sowie der Kontrolle über seine wichtigste und wertvollste Ressource, die Fischerei, berauben und verheerende Auswirkungen auf die nationale Landwirtschaft haben würde. Folglich positionieren sich die Fischerei- und Landwirtschaftsverbände nicht nur geschlossen gegen einen EU-Beitritt, sondern bilden auch das Rückgrat der Anti-EU-Bewegung (Heimssýn). Die Gegner gehen davon aus, dass die Teilnahme an der gemeinsamen Fischerei- und Agrarpolitik der EU (GFP, GAP) vernichtende Konsequenzen für die entsprechenden isländischen Sektoren haben würde. Die antieuropäische Bewegung gewinnt generell an Dynamik, engagiert sich verstärkt in ländlichen und küstennahen Gegenden und dominiert die Diskussion in den Medien wie auch im Internet.

Die öffentliche Meinung hinsichtlich eines EU-Beitritts ist eng an den Icesave-Konflikt gekoppelt. Während im Jahrzehnt vor der Krise praktisch alle Umfragen eine Mehrheit für eine Mitgliedschaft indiziert hatten, drehte mit dem isländischen Crash und dem damit einhergehenden Icesave-Streit der Wind. So äussert sich die Mehrheit der Wähler in den Befragungen seit Anfang 2009 gegen einen Beitritt. Allerdings befürwortet nach wie vor eine Mehrzahl die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU. Gemäss der neuesten repräsentativen Meinungsumfrage vom Februar 2010 begrüsst 64 Prozent der Befragten solche Verhandlungen, während bloss 28 Prozent dagegen votierten, wobei 7 Prozent der Wähler noch unentschieden waren. Demgegenüber drückten sich sechs von zehn Umfrageteilnehmer gegen und nur 25 Prozent für eine EU-Mitgliedschaft aus.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die regierenden Sozialdemokraten die sich im Nachgang zum wirtschaftlichen Zusammenbruch bietende Gelegenheit ergriffen haben, die EU-Frage neu zu lancieren und ein Beitrittsgesuch zu stellen. Obwohl die anderen Parteien diesen proeuropäischen Ansatz nur bedingt teilen, sind sie doch

eher bereit, die europäische Alternative zumindest in Erwägung zu ziehen. Der linksgrüne Koalitionspartner toleriert die formell proeuropäische Regierungspolitik nur insoweit, als er davon ausgeht, dass die Beitrittsverhandlungen in einem unzufriedenstellenden Ergebnis enden und der Vertrag im bereits zugesicherten Referendum verworfen wird. In der Tat wird ein Beitrittsvertrag vielseitige und weitreichende Anforderungen zu erfüllen haben, um die Zustimmung der isländischen Wählerschaft zu finden. So hat er den spezifisch isländischen Interessen hinsichtlich der Gewässerkontrolle, der Fischindustrie sowie der Landwirtschaft insgesamt Rechnung zu tragen. Darüber hinaus würde es der proeuropäischen Sache dienen, sollte der Beitrittsvertrag sowohl Leistungen für die ländlichen Gegenden als auch ein Abkommen mit der Europäischen Zentralbank beinhalten, das die Stabilität der isländischen Króna gewährleistet, bis Island die Kriterien zur Übernahme des Euro erfüllt.

Die Sozialdemokraten erhalten das Beitrittsgesuch aufrecht durch ihre standhafte Überzeugung, dass eine EU-Mitgliedschaft ökonomische Vorteile bringt und dass Islands Zukunft innerhalb des europäischen Projekts liegt. Ob es gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen, bleibt indes eine offene Frage. ■



(Bild: zlg)

### Baldur Thorhallsson

Baldur Thorhallsson ist Politikologieprofessor und Vorsitzender des Instituts für International Affairs und Zentrums für Small State Studies an der Universität Island. Er hat eine Anzahl Artikel sowie zwei Bücher über kleine Staaten in Europa, die europäische Integration und Islands Aussenpolitik publiziert. (tw)



# DIE KRISE DER ANDEREN

**Der Euro durchlebt die grösste Krise seit Inkrafttreten der Währungsunion vor zehn Jahren. Obwohl auch die Schweiz direkt davon betroffen ist, wird sie bei den finanzpolitischen Reformen einmal mehr nicht mitreden können.**

Von **Julien Chérault**, stv. Generalsekretär

Wenn wir heute über Europa reden, reden wir vor allem über die Griechenland-Krise. Griechenland stellt jedoch keinen Einzelfall dar. Andere Mittelmeerstaaten wie Portugal, Italien, Spanien und Frankreich sowie die baltischen Staaten, Irland, Grossbritannien oder Island befinden sich in einer ähnlich delikaten Lage.

Aus schweizerischer Sicht drängen sich viele Fragen auf: Ist angesichts des peloponnesischen Desasters etwa Schadenfreude und Häme angebracht? Wird aus der Krise womöglich ein neues Europa hervorgehen? Oder bedeutet die Währungskrise gar das Ende des europäischen Projekts?

## **Von der Krise der Einheitswährung ...**

Seit einigen Wochen folgt eine Sparankündigung der andern: Griechenland, Portugal, Italien, Dänemark, ... Alle wollen oder müssen sie sparen, ohne indes ihre Vorhaben untereinander zu koordinieren. Es handelt sich primär um Signale an die Finanzmärkte, die sich ja am Ursprung des Problems befinden. Griechenland hat sich nicht von heute auf morgen in diese katastrophale Lage manövriert. Sowohl die anderen europäischen Regierungen als auch die Banken wussten über die Situation Bescheid. Als dann, zehn Jahre nach Inkrafttreten der Währungsunion, die Ratingagenturen die hoffnungslose Schuldenlage Griechenlands entdeckten, nahm das Drama seinen Lauf. Um seine Schulden abzubauen, muss Griechenland nun seine Investitionen massiv drosseln. Die Wirtschaftsleistung wird folglich schrumpfen, die Bewertung durch die Agenturen sich erneut verschlechtern. Ein Teufelskreis also!

Ökonomen haben schon seit geraumer Zeit auf die Geburtsschwächen der Einheitswährung hingewiesen: mangelnde Mobilität der Arbeitskräfte, fehlende wirtschaftspolitische Kontrollinstrumente, zu grosse Differenzen in den Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten. Diesen kritischen Stimmen begegnet Brüssel nun mit konkreten Antworten, beispielsweise mit der Einführung europäischer Staatsanleihen, der Verstärkung der Kontrollmechanismen, der Gründung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur und der Schaffung eines europäischen Währungsfonds. Letzterer, vorgeschlagen vom deutschen Wirtschaftsminister Schäuble (CDU), ist nicht unumstritten, weder zwischen den Mitgliedstaaten noch innerhalb der politischen Parteien. So widersetzt sich etwa Schäuble seiner Kanzlerin und Parteikollegin Merkel. Demgegenüber stösst die Idee eines Unterstützungsfonds zwecks der Beruhigung der Märkte sowie der Demonstration europäischer Solidarität auf wesentlich mehr Gegenliebe. Zumindest gibt es diesbezüglich positive Signale aus dem deutschen und französischen Parlament.

## **...zu einem kontinentalen Bewusstsein**

Bemerkenswert ist, dass die Solidarität über die Währungsunion hinausgeht und auch von ausserhalb der Eurozone entsprechende Signale empfangen werden. So äusserten sich beispielsweise Polen und Schweden positiv zu einer Beteiligung am Unterstützungsfonds. Estland wiederum schert sich offenbar keinen Deut um die aktuelle Kritik an der Gemeinschaftswährung und hat kürzlich sein Gesuch für einen Beitritt zur Währungsunion bestätigt. Offenbar haben diese Staaten erkannt, dass die Kri-

se letztendlich die gesamte europäische Wirtschaft betrifft und nicht bloss einzelne Länder. Wer sich also mit Schadenfreude über die Situation des Euro belustigt, vergisst, dass die Kosten der Krise geteilt werden. Auch die Schweiz zahlt indirekt kräftig mit. So ist es augenfällig, dass der Wechselkurs zwischen Schweizer Franken und Euro einen grossen Einfluss hat auf die schweizerische Handelsbilanz mit den Ländern der Eurozone. Die Tourismusbranche zum Beispiel hat aufgrund des starken Frankens bereits vor einem massiven Rückgang der Übernachtungen aus dem EU-Raum in diesem Sommer gewarnt. Deshalb kauft die Nationalbank in grossem Stil Euros, um den Wechselkurs zu stabilisieren und einen zu starken Franken zu verhindern. Eine weitere Destabilisierung der benachbarten Währungszone hätte massive Auswirkungen auf die inländische Wirtschaft. So würde die relative Verteuerung von hierzulande produzierten Gütern den Absatz in den ausländischen Märkten weiter erschweren.

Der Logik dieser Entwicklungen folgend müsste die Schweiz eigentlich ein grosses Interesse daran haben, bei den notwendigen Reformen, die der Krise folgen werden, mitzureden. Die EU wird Gesetze über Themen erlassen, welche die Schweiz und ihre Wirtschaft direkt betreffen. Insbesondere erscheint es paradox, dass die Schweiz als einer der grössten Finanzplätze in Europa nicht mitreden will bei der Formulierung neuer finanzpolitischer Regulierungen. Strengere Haushaltsvorschriften und eine bessere Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken bedeuten eine weitere Vertiefung der europäischen Integration. Kann es sich die Schweiz erlauben, auch diesen Zug zu verpassen? ■



# YES – DIE PROEUROPÄISCHE STIMME DER JUGEND

Die Nebs bemüht sich um eine nachhaltige Sensibilisierung für die Integration in Europa. Dabei kommt der Jugend – und insbesondere ihrer Jugendorganisation yes – eine Schlüsselrolle zu. yes steht für young european swiss, also junge europäische Schweizerinnen und Schweizer. Jedes Nebs-Mitglied unter 35 Jahren ist automatisch auch Mitglied der yes.

Das Ziel der yes besteht darin, mit konkreten Aktionen auf die Bedeutung und Chancen des europäischen Projekts hinzuweisen. Die yes ist ausserdem Teil der europäischen Dachorganisation JEF (Junge Europäische Föderalisten). So steht sie in engem Kontakt mit anderen JEF-Sektionen und beteiligt sich an der Erarbeitung und Umsetzung von wichtigen Grundlagenpapieren auf europäischer Ebene. Es ist der yes ein grosses Anliegen, die föderalistische Tradition der Schweiz aktiv einzubringen.

Auf nationaler Ebene ist die yes jährlich mit zwei grossen Projekten präsent. Im Rahmen des Programms «europe@school» organisiert sie zum einen Thementage an Mittelschulen in der ganzen Schweiz. Die nächsten Schulbesuche sind für Juni und November geplant. «Oft ist das mangelnde Interesse der Jugendlichen an Europa schlicht auf die dürftige Informationslage zurückzuführen», erklärt yes-Co-Präsident Marcel Bürkler. Zum anderen reist die yes jeweils im Herbst mit rund 30 Jugendlichen für eine Woche nach Brüssel (siehe Kasten).

Mehrmals im Jahr organisieren die Regionalgruppen der yes zudem Referate und Podiumsgespräche. Letztes Jahr etwa begrüsst die Genfer Regionalgruppe die Schweizer Aussenministerin Micheline Calmy-Rey zu einem Referat. Über 100 Studierende folgten den Ausführungen der Bundesrätin. Ferner sind das «Café Débat» sowie der «yes-Trunk» regelmässige Treffpunkte der yes-Sektionen und gute Gelegenheiten zum informellen Austausch. Auch finden auf lokaler Ebene alljährlich diverse Feierlichkeiten zum Europatag am 9. Mai statt. An diversen Informationsständen können sich Studierende und andere Interessierte über Europa und die Rolle der Schweiz informieren und Europaluft schnuppern. Als Höhepunkt werden jeweils in mehreren Universitätsstädten die Flaggen Europas, der Schweiz und der Kantone gehisst. «Ich finde es schade, dass Europa in der Schweiz tabuisiert wird. Wir möchten in erster Linie eine Diskussion anregen», meint Marlis Blees, Vizepräsidentin der yes. Die jungen Schweizer Europäer wollen Verantwortung übernehmen und entscheiden, wo entschieden wird. Die yes gibt ihnen heute und in Zukunft eine Stimme. (mc)

## Frischer Wind bei der yes!

An der yes-GV vom 20. Februar 2010 wurde der neue Vorstand gewählt. Das Dreierpräsidium bestehend aus Sven Bisang, Marcel Bürkler und Marlis Blees, wurde glanzvoll bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurden Simon Reber und Veronika Pfäffli. Für die Abtretenden Laura Gies, Arnaud Rey und Martin Uhl rückten gleich sechs neue Vorstandsmitglieder nach. Für die Romandie neu mit an Bord sind Serge Maillard und Bastien Brodard, die sich bereits früher für die yes engagierten. Mit Sabrina Würmli zog eine weitere ehemalige Challenge-Teilnehmerin in den Vorstand ein. Auch Cyril Lilienfeld, Agathe Haenni und Elias Maier werden neu für frischen Wind in der yes sorgen. Nebst der Wahl des Vorstands wurde auch die neue yes-Generalsekretärin Steffi Krauer gewählt, die per 1. April die Nachfolge von Noé Michael antrat. (sk)



*Bastien Brodard, Serge Maillard, Marcel Bürkler, Simon Reber, Sven Bisang, Sabrina Würmli, Cyril Lilienfeld und Agathe Haenni (v.l.n.r.). Nicht auf dem Bild: Marlis Blees, Elias Maier, Stefanie Krauer.*

(Bild: zVg)



13

## Challenge Europe 2010

Die yes organisiert für Jugendliche zwischen 18 und 29 Jahren eine fünftägige Reise nach Brüssel (12.–18. September), kombiniert mit einer Denkwerkstatt zur schweizerischen Europapolitik und zur Zukunft Europas.

Nach drei regionalen Abendseminaren Ende August und einem gemeinsamen nationalen Seminar am 4. September in der Schweiz erwartet die Teilnehmenden in Brüssel ein attraktives Programm: Nebst Treffen mit diversen Akteuren der EU-Politik wie EU-Parlamentarierinnen und -Parlamentariern oder dem Schweizer Botschafter in Brüssel werden parlamentarische Vorstösse zur Schweizer Europapolitik zuhanden von Schweizer Abgeordneten erarbeitet. Und natürlich bleibt auch genügend Freizeit, um Brüssel «by night» zu erkunden und die berühmten belgischen Biere zu kosten! Und das ganze für nur 390 Franken. (sr)

- » Für weitere Informationen sowie das Anmeldeformular siehe: [www.challenge-europe.ch](http://www.challenge-europe.ch).
- » Für Fragen: [info@y-e-s.ch](mailto:info@y-e-s.ch) oder 031 302 35 36.

## Was Europa über Europa denkt

Einen Superservice bietet die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung: Zusammen mit einigen Partnern unterhält sie die Website «eurotopics», die an jedem Werktag einen ganz aktuellen Pressespiegel mit einer Auswahl aus 300 Medien in 28 Ländern (EU-Länder plus Schweiz) aufbereitet. Das Angebot ist ausser auf Deutsch auch in einer französischen, englischen, spanischen und polnischen Sprachversion erhältlich. Die Themenauswahl ist sehr breit, und die Presseschau greift auf die besten Publikationen der beteiligten Länder zurück. (sp)

<http://www.eurotopics.net/de/presseschau/aktuell.html>

## Im Auge des Informationstaifuns

Wer irgendein Thema im Zusammenhang mit der Europäischen Union recherchieren möchte, dem sei als allererste Anlaufstelle das «Dokumentationszentrum» auf dem Europa-Portal empfohlen. Von hier gibt es Direktlinks zu allen verfügbaren amtlichen Dokumenten, zu den EU-Archiven, EU-Statistiken und Meinungsumfragen, zu den EU-Verträgen und Rechtssetzungsverfahren, zu den EU-Datenbanken und Bibliotheken sowie zum EU-Bookshop. Zentraler sind die Informationsschätze der EU kaum zu finden. (sp)

[http://europa.eu/documentation/index\\_de.htm](http://europa.eu/documentation/index_de.htm)



14

# «SCHWEIZ – EU: BEITRITT UNMÖGLICH?»

Die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU ist genauso einzigartig wie paradox. In gewisser Hinsicht ist die Schweiz besser integriert als einige EU-Mitgliedstaaten. So hat sie zum Beispiel – anders als die EU-Mitglieder Grossbritannien und Irland – mit dem Beitritt zum Schengen-Raum die stationären Grenzkontrollen abgeschafft.

In einem kompakten Blick zurück ruft René Schwok die Geschichte des komplexen Verhältnisses Schweiz – Europa in Erinnerung. Bereits 13 Mal haben sich die Schweizerinnen und Schweizer an der Urne über ihr Verhältnis zur EU geäussert. Kaum ein anderes Volk hat sich in den vergangenen 60 Jahren intensiver mit seinen europäischen Nachbarn auseinandergesetzt als wir. Warum aber weigert sich die Eidgenossenschaft standhaft, als fast einziger kontinentaleuropäischer Staat dem europäischen Staatengebilde beizutreten? Der Autor sieht hierfür politische, wirtschaftliche und identitäre Gründe. So hätten viele Völker in der europäischen Vereinigung eine Möglichkeit gesucht, sich im Westen zu verankern, ihre Systeme zu stabilisieren, die Machtergreifung durch extremistische Kräfte zu verhindern oder einen Wachstumsprozess in Gang zu setzen. Für die Schweiz habe dazu jedoch keine Notwendigkeit bestanden. Gemäss Schwok gehen viele Schweizerinnen und Schweizer davon aus, dass eine EU-Mitgliedschaft die Neutralität tangieren würde. Die Wahrung der traditionellen Unabhängigkeit sei nach wie vor ein zentraler Bestandteil des schwei-

zerischen Selbstverständnisses.

Der Autor entwickelt die These, dass eine Mitgliedschaft umso weiter in die Ferne rücke, je mehr sich die Schweiz der EU annähere. Offenbar würden die meisten Schweizerinnen und Schweizer eine Mitgliedschaft deshalb als kein erstrebenswertes Ziel betrachten, weil man mit den Bilateralen ja viele Vorteile ausgehandelt habe, ohne sich den Nachteilen einer Mitgliedschaft stellen zu müssen. Deshalb liesse sich die spannungsreiche Beziehung in der prägnanten Formel zusammenfassen: «Beitritt unwahrscheinlich, Marginalisierung undenkbar.» Das Paradox bleibt!

Glücklicherweise sind wir mit der zweiten Serie von bilateralen Abkommen nicht am Ende der Geschichte angelangt. So fordert auch Schwok die Schweizerinnen und Schweizer auf, die Augen vor der europäischen Realität nicht zu verschliessen. Unmöglich könne eine Mitgliedschaft nicht sein. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. (mc/tw)

## René Schwok

René Schwok unterrichtet am Jean-Monet-Lehrstuhl des Europainstituts sowie am Departement für Politikwissenschaften der Universität Genf. Er befasst sich unter anderem mit den historischen und kulturellen Aspekten der europäischen Integration.

«Schweiz – Europäische Union: Beitritt unmöglich?», Rüegger Verlag, 2009, 140 S., ca. 22 CHF (ISBN 9783725309269). (mc)



Weder die Aschewolke aus Island noch der Sturm auf dem Finanzmarkt ziehen einfach an der Schweiz vorbei. Die Schweiz ist keine Insel. Was auch immer im übrigen Europa passiert, es betrifft auch uns! ©Nebs



## eu.spots

### Haiku-Herman in Aktion

Herman van Rompuy wurde bei seiner Wahl zum ständigen EU-Ratspräsidenten von den Medien als langweilige «graue Maus» vorverurteilt. Jetzt überrascht er Europa mit einer Anthologie selbst gedichteter Haiku-Kürzestgedichte auf Niederländisch, samt Übersetzungen ins Französische, Englische, Deutsche und Lateinische. Die japanische Haikutradition verlangt drei Zeilen mit 5-7-5 Silben. Kostprobe: «Ausgedünnt und kahl / der Wald ist jetzt durchsichtig / bis in den Frühling.» (sp)

### Der Ombudsmann tadelt

Der EU-Ombudsmann, P. Nikiforos Diamandouros, verklagt die Europäische Kommission beim Europäischen Parlament wegen Renitenz. Der Ombudsmann hatte 2007 verfügt, dass die Kommission der Umweltorganisation «Friends of the Earth» bestimmte Briefe des Autoherstellers Porsche an die Kommission offenzulegen hat. Auch nach sechsmaliger Fristverlängerung gehorchte die Kommission nicht. In den Augen des Ombudsmanns ist das eine Pflichtverletzung. (sp)

### Die Schweiz fliegt raus

Eurofound, die Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, erarbeitet periodisch zusammen mit Gallup grosse Feldstudien mit Zehntausenden von Interviews mit Arbeitnehmern. In der bisher letzten dieser Studien im Jahr 2005 wurden die 27 EU-Länder, Kroatien, die Türkei, Norwegen und die Schweiz abgedeckt. In der jetzt laufenden 5. Studie ist die Schweiz rausgeflogen; dafür kamen Mazedonien, Bosnien, Kosovo und Albanien dazu. (sp)

# DREHSTUHL AL3

DESIGNER THIERRY AUBERT:

«ER IST BEWEGLICH OBWOHL  
MAN ES NICHT SIEHT. —  
DIE STUHLMECHANIK IST INS  
STANDROHR INTEGRIERT.»

